



100/2006

Kiel, 30. Juni 2006

Sperrfrist:
heute 14:00 Uhr

Alle Fraktionen für Klage gegen EU-Kommission

Kiel (SHL) – Der Landtag streitet mit der Europäischen Kommission um die Herausgabe eines internen Dokuments. Dabei geht es um eine im Februar dieses Jahres in Kraft getretene europäische Richtlinie, nach der Daten über E-Mail und Telefonverbindungen künftig ohne einen konkreten Anlass mindestens sechs Monate lang gespeichert werden dürfen.

Vor diesem Hintergrund interessieren den Landtag die Auswirkungen dieser Regelung auf die verfassungsrechtlich geschützten Rechte der Abgeordneten. Daher wurde bei der EU-Kommission beantragt, in die Dokumente Einblick zu bekommen, die die rechtliche Grundlage der Richtlinie benennen. Die Generalsekretärin der EU-Kommission, Catherine Day, lehnte diesen Antrag des Landtages ab. Begründung: Für die Kommission bestehe „keine Verpflichtung (...), einem nationalen oder regionalen Parlament interne (...) Dokumente zu übermitteln.“ Dagegen wehrt sich das Parlament und beauftragt den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages in einem interfraktionellen Antrag, den Rechtsstreit mit der Kommission zu führen (Drs. 16/894).

Landtagspräsident Martin Kayenburg betonte in seiner Begründung für dieses Vorgehen, es gehe hierbei auch um die grundsätzliche Haltung der EU-Kommission: „Es geht hier um den im Artikel 10 des EG-Vertrages verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit zwischen der Kommission und einem nationalen deutschen Verfassungsorgan. Diesen Grundsatz missachtet die Kommission aus unserer Sicht ganz klar“, so Kayenburg in der heutigen Sitzung des Landtages. Daher sei dieses Klageverfahren ein Präzedenzfall, der Bedeutung für alle deutschen Landesparlamente haben könne.